STADT EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

Niederschrift

zur 40. Sitzung
des Haupt- und Finanzausschusses

am 12.02.2019

um 17:00 Uhr im Ratssaal

T a g e s o r d n u n g

I. Öffentlich

1		Einwohnerfragestunde
1.1		Wohnunterkünfte von Leiharbeitern; hier: Anfrage eines Bürgers, wohnhaft am Geistmarkt, 46446 Emmerich am Rhein
1.2		Garagen am Bahnhof; hier: Anfrage eines Bürgers, wohnhaft am Geistmarkt in 46446 Emmerich am Rhein
1.3		Ordnungswidrigkeitsverfahren; hier: Anfrage eines Bürgers an der Eltener Straße
1.4		Belästigungen durch osteuropäische Mitbürger in der Bredenbachstraße; hier: Anfrage einer Anwohnerin der Bredenbachstraße
2		Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 04.12.2018
14	06 - 16 1774/2019	Wohnsituation der Wanderarbeiter; hier: Eingabe an den Rat Nr. 26/2018
3	01 - 16 1753/2019	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019; hier: Beratung in den Fachausschüssen - Budget 100 - "Fachbereich 1 - Zentrale Dienste"
4	02 - 16 1750/2019	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019; hier: Beratung in den Fachausschüssen - Budget 200 „Fachbereich 2 – Finanzen“
5	03 - 16 1751/2019	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019; hier: Beratung in den Fachausschüssen - Budget 300 „Fachbereich 3 – Immobilien„
6	06 - 16 1765/2019	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019; hier: Beratung in den Fachausschüssen - Budget 600 - "Fachbereich 6 - Bürgerservice und Ordnung"

7	13 - 16 1762/2019	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019; hier: Beratung in den Fachausschüssen - Budget 13 "Öffentlichkeitsarbeit"
8	14 - 16 1755/2019	Haushaltssatzung 2019; hier: Beratung in den Fachausschüssen - Budgets 014 – "Örtliche Rechnungsprüfung"
9	15 - 16 1763/2019	Haushaltssatzung 2019; hier: Beratung in den Fachausschüssen - Budgets 015 – "Gleichstellung"
10	17 - 16 1764/2019	Haushaltssatzung 2019; hier: Beratung in den Fachausschüssen - Budget 17 "Demographie"
11	02 - 16 1776/2019	Haushaltssatzung 2019 hier: Beschlussfassung
12	02 - 16 1605/2018/1	Wasserversorgungskonzept gem. § 38 Abs. 3 LWG; hier: Vorstellung und Beschluss des Konzeptes
13	06 - 16 1749/2019	Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen am Sonntag, den 7. April 2019 im Zusammenhang mit der 20. Emmericher Autoshow und dem 2. Drehleiter-Festival, am Sonntag, den 28. Juli 2019 aus im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Emmerich im Lichterglanz“ und am Sonntag, den 8. September 2019 im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Stadtfest Emmerich“ im Gebiet der Stadt Emmerich am Rhein
15	14 - 16 1778/2019	Beschleunigung Gesamtabschlüsse 2011 - 2017
16	02 - 16 1768/2019	Sondervermögen strategische Innenstadtentwicklung
17		Mitteilungen und Anfragen
17.1		Änderung der Gemeindeordnung; hier: Mitteilung von Stadtkämmerer Siebers
17.2		Gespräch mit Investor; hier: Anfrage von Mitglied Sigmund
17.3		Sachstandsbericht Kaserne; hier: Anfrage von Mitglied Sigmund
18		Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

Vorsitzender

Herr Peter Hinze	

Die Mitglieder

Herr Gerd-Wilhelm Bartels	
Frau Elisabeth Braun	für Mitglied Baars
Herr Botho Brouwer	
Herr Markus Herbert Elbers	
Herr Gerhard Gertsen	
Herr Albert Jansen	
Frau Irmgard Kulka	
Herr Hans-Guido Langer	
Herr Jan Ruben Ludwig	für Mitglied Schaffeld
Herr Markus Meyer	
Herr Manfred Mölder	
Herr Dr. Matthias Reintjes	
Frau Sabine Siebers	
Herr Joachim Sigmund	
Herr Werner Stevens	für Mitglied Meschkapowitz
Herr Udo Tepaß	
Herr Herbert Ulrich	

von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Wachs	Erster Beigeordneter
Herr Ulrich Siebers	Stadtkämmerer
Herr Arnfried Barfuß	
Herr Jens Bartel	
Frau Nadine Bremer	
Herr Markus Dahms	
Herr Andre Gipkens	
Herr Stephan Glapski	
Frau Melanie Goertz	
Herr Niklas Kehren	
Herr Jochen Kemkes	
Herr Robert Köster	
Frau Martina Lebbing	
Herr Nicolai Lindeboom	
Frau Elisabeth Meyer	
Frau Ina Meyer	
Herr Michael Rozendaal	
Frau Karin Schlitt	
Herr Tim Terhorst	
Frau Marita Evers	Schriftführerin

Der Vorsitzende eröffnet die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 17:00 Uhr. Er begrüßt die Damen und Herren des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung, der örtlichen Presse und die Einwohner.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Mitglied Sigmund den Antrag, den Tagesordnungspunkt

14 06 – 16 1774/2019 Wohnsituation der Wanderarbeiter;
hier: Eingabe an den Rat Nr. 26/2018

vorzuziehen und nach Tagesordnungspunkt 2 zu behandeln, da so viele Einwohner zu diesem Tagesordnungspunkt an der Sitzung teilnehmen würden.

Mitglied Bartels teilt mit, dass die UWE-Fraktion zu Tagesordnungspunkt 16 Beratungsbedarf anmelde. Er begründet dieses damit, dass seine Fraktion diese Vorlage zu spät erhalten habe und sich nicht entsprechend einarbeiten konnte.
Weiterhin bittet er um Informationen zu dem am 02.02.2019 erfolgten Workshop.

Nach der Antragstellung von Mitglied Bartels den Tagesordnungspunkt

16 02 – 16 1768/2019 Sondervermögen strategische Innenstadtentwicklung

von der Tagesordnung abzusetzen, macht Mitglied Dr. Reintjes den Vorschlag, diesen Tagesordnungspunkt ohne Empfehlung an den Rat zu verweisen.

Mitglied Bartels ist mit diesem Vorschlag einverstanden und der Vorsitzende lässt über den Antrag von Mitglied Sigmund abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, den Tagesordnungspunkt

14 06 – 16 1774/2019 Wohnsituation der Wanderarbeiter;
hier: Eingabe an den Rat Nr. 26/2018

vorzuziehen und nach Tagesordnungspunkt 2 zu behandelt.

Stimmen dafür 19 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

I. Öffentlich

1. Einwohnerfragestunde

1.1. Wohnunterkünfte von Leiharbeitern; hier: Anfrage eines Bürgers, wohnhaft am Geistmarkt, 46446 Emmerich am Rhein

Ein Emmericher Bürger beklagt die desolaten Zustände in seiner Nachbarschaft, die durch osteuropäische Leiharbeiter verursacht würden. Es würden jeden Abend diverse Getränke konsumiert und anschließend die Getränkeflaschen zerbrochen. Er verstehe auch nicht, warum in Emmerich pfandlose Bierflaschen und –dosen verkauft werden dürften, wenn dieses in deutschen Läden nicht möglich sei.
Dieses beobachte er schon mindestens seit einem halben Jahr und räume regelmäßig Scherben weg.
Der Vorsitzende sagt Prüfung und Information des Bürgers zu. .

1.2. Garagen am Bahnhof;
hier: Anfrage eines Bürgers, wohnhaft am Geistmarkt in 46446 Emmerich am Rhein

Weiterhin teilt der Bürger mit, dass auf einem Grundstück Bahnhofstraße/Industriestraße Garagen stünden, die sich in seinem Eigentum befänden und saniert werden müssten. Für dieses Bauvorhaben benötigte er, da er die Garagen abgebrochen habe, eine Eintragung im Baurecht.
Er bittet um Auskunft darüber, warum der Neubau der Garagen die Abstimmung mit den Nachbarn voraussetze und dieses bei Massenunterkünften, die am Geistmarkt gebaut würden, nicht erforderlich sei.
Der Vorsitzende erklärt hierzu, dass es nicht der Fall sei, dass von deutschen Mitbürgern Gesetze eingehalten werden müssen und von den ausländischen Mitbürgern nicht. Zurzeit würden in dem angesprochenen Gebäude Sanierungsarbeiten vorgenommen, die auch vom zuständigen Fachbereich engmaschig kontrolliert würden. Das Gebäude sei als Beherbergungsbetrieb genehmigt und dürfe auch weiter so genutzt werden. Im früheren Restaurant dürfen keine Übernachtungsmöglichkeiten geschaffen werden. Hier liege keine Nutzungsänderung vor.

1.3. Ordnungswidrigkeitsverfahren;
hier: Anfrage eines Bürgers an der Eltener Straße

Der Petent der Eingabe, die als Tagesordnungspunkt 14 heute behandelt wird fragt nach, ob die Verwaltung kein Ordnungswidrigkeitsverfahren aufgrund seiner Beschwerden einleiten könne. Er nennt noch einige Nachbarn, die sich bei der Verwaltung diesbezüglich beschwert hätten und fragt nach, wie viele Beschwerden noch eingereicht werden müssten, bis die Verwaltung ein Ordnungswidrigkeitsverfahren einleiten könne. Er selber habe von Mitte Mai bis heute 23 Seiten Lärmprotokoll geführt. Bei schönem Wetter säßen ca. 31 Leute im Garten zu feiern, die reichlich Alkohol trinken und mit zunehmendem Alkohol würde es immer lauter.
Hinzu komme noch, dass die Immobilien, die an dieses Grundstück grenzten, im Wert stark gefallen seien und an einen Verkauf gar nicht zu denken sei.

Der Vorsitzende teilt hierzu mit, dass der Verwaltung sehr wohl die Beschwerden und Ängste der dort wohnenden Nachbarn bekannt seien und regelmäßig Kontrollen dort durchgeführt würden.

Aufgrund der Mitteilung durch den Vorsitzenden weist der Bürger darauf hin, dass vor den angekündigten Kontrollen jeweils in der angesprochenen Immobilie aufgeräumt, geputzt und Müll weggeräumt würde. Nach den Kontrollen sei der alte Zustand schnell wiederhergestellt.

Der Vorsitzende macht nochmals deutlich, dass die Verwaltung jede Möglichkeit ausschöpfe, leider könnten nur angekündigte Kontrollen durchgeführt werden und die Eingriffsmöglichkeiten seien sehr begrenzt, wie in der Vorlage deutlich gemacht werde.
Auch mit den Zeitarbeitsfirmen, die diese Arbeiter beschäftigen, stünde die Verwaltung regelmäßig in Kontakt, um Abhilfe zu schaffen.

Der angesprochene Brandschutz würde von den zuständigen Fachbereichen in diesen Immobilien kontrolliert.

Da der Rahmen der Einwohnerfragestunde hier zur Klärung der Angelegenheit nicht ausreiche, bietet der Vorsitzende an, ein persönliches Gespräch zu führen.

1.4. Belästigungen durch osteuropäische Mitbürger in der Bredenbachstraße; hier: Anfrage einer Anwohnerin der Bredenbachstraße

Die Anwohnerin erläutert eindringlich die katastrophalen Zustände in der Bredenbachstraße durch Lärm, Ratten usw. Auch würden dort Umbaumaßnahmen stattfinden, die ihrer Meinung nach nicht genehmigt seien. Zudem würde auf der Straße „wild geparkt“, die Autos seien nicht verkehrstüchtig und sie habe außerdem den Eindruck, dass an diese Mitbewohner keine Ordnungswidrigkeiten ausgesprochen würden. Wird die Polizei diesbezüglich gerufen, würde diese nur mit Verstärkung kommen.
Sie fragt nach, wie sie sich als Bürger vor den Anfeindungen dieser Mitbewohner schützen könne. Sie werde bedroht, es würde angedroht, dass die Tiere vergiftet würden, die Kinder hätten Angst, auf die Straße zu gehen.

Der Vorsitzende macht deutlich, dass die Verwaltung auf jeden Fall die Bürger unterstützen würde, jedoch von vielen Dingen auch keine Kenntnis habe und dann auch nicht eingreifen könne.

2. Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 04.12.2018

Gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden keine Einwände erhoben. Sie wird vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

14. **Wohnsituation der Wanderarbeiter;**
hier: Eingabe an den Rat Nr. 26/2018
Vorlage: 06 - 16 1774/2019

Der Vorsitzende geht kurz auf die zum Teil negative Berichterstattung in der örtlichen Presse in der vergangenen Woche ein, die weder der Sache diene und noch die Realität richtig widerspiegele.

Mitglied Bartels macht im Hinblick auf die Vielzahl der betroffenen Bürger in der heutigen Sitzung deutlich, dass seiner Meinung nach der Druck auf die Arbeitgeber der Leiharbeiter, die in erster Linie auch die Vermieter der Immobilien seien, erhöht werden müsse, hier tätig zu werden und den Zustand zu verändern. Er könne sich nicht damit zufriedengeben, dass hier keine Möglichkeiten gegeben wären, an dieser Lage etwas zu verändern.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs unterstützt die Aussage von Mitglied Bartels und erklärt im Hinblick auf die Arbeits- und Lohnsituation, dass die Verwaltung sich als Ordnungsbehörde da nicht einbringen könne. Lediglich hinsichtlich der Unterbringungs- und Wohnsituation der Leiharbeiter habe die Verwaltung Handhabe. Er verweist darauf, dass die Verwaltung schon mindestens seit dem vergangenen Sommer diese Angelegenheit intensiv bearbeite und tätig sei. Über die Vorlage habe die Verwaltung versucht, einen Einblick in die Sache zu geben und die wesentlichen Rahmenbedingungen abzustecken.

Der Vorsitzende habe auch schon deutlich gemacht, dass es sich zum einen um ordnungsrechtliche zum anderen auf privatrechtliche Fragestellungen handele.

Die Leiterin des Fachbereiches Bürgerservice und Ordnung, Frau Schlitt, berichtet aus der Praxis heraus und gibt einige kurze Einblicke in die derzeitige Situation. Sie erläutert das Vorgehen der Verwaltung, welches strenge Formen und bestimmte Vorgaben voraussetze

Mitglied Reintjes ist der Auffassung, dass dem Bürger deutlich gemacht werden müsse, dass die Probleme von der Verwaltung und Politik ernst genommen würden. Die CDU- und BGE-Ratsfraktion haben nachfolgenden Beschlussvorschlag ausgearbeitet, um dieses zu unterstützten. Er verliest nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

„Der Rat beauftragt die Verwaltung,

1. zeitnah in Emmerich und gemeinsam mit den Ortsvorstehern in den Ortsteilen zur Wohnsituation der Wanderarbeiter Bürgerinformationsveranstaltungen durchzuführen sowie durch verstärkte Präsenz rechtzeitig notwendige Hilfestellungen für die Bürger vor Ort zu geben,
2. den Mängelmelder der Stadt, um ein Bürgertelefon zu ergänzen, indem die Bürgerschaft Probleme und Anregungen im Hinblick auf Wanderarbeiter melden kann,
3. halbjährlich einen Sachstandsbericht zur Wohnsituation der Wanderarbeiter im Haupt- und Finanzausschuss abzugeben.“

Persönlich macht er noch klar, dass man bei allen Problemen nicht vergessen dürfe, dass es sich hier um Menschen handele, die in besonders schwierigen Situation leben würden.

Mitglied Bartels fragt nach, ob die Möglichkeit geprüft wurde, eine Ordnungspartnerschaft mit der ansässigen Polizeibehörde einzugehen, um den Problemen Nachdruck zu verschaffen.

Der Vorsitzende verweist auf eine mehrere Jahre intensive Zusammenarbeit und regen Austausch mit der örtlichen Polizei.

Mitglied Mölder bittet im Hinblick auf den vorgetragenen Beschlussvorschlag von Mitglied Reintjes, der den Fraktionen nicht vorliege, heute die Vorlage ohne Empfehlung an den Rat zu verweisen, um hierüber in den Fraktionen nochmals zu beraten.

Mitglied Gertsen zeigt viel Verständnis für die in der Nachbarschaft zu den Leiharbeitern wohnenden Bürger. Auf der anderen Weise solle man bedenken, dass viel Wert daraufgelegt werde, immer günstigeres Fleisch zu kaufen. Die Politik mache sich Gedanken ein Tierwohlgesetz, wo die Lebenssituation von Tieren, Unterbringung, Fütterung und letztlich der Weg bis zum Schlachthof verfolgt werden könne, auf den Weg zu bringen. Die Wohn- und Arbeitssituation der Menschen, die auf den Schlachthöfen arbeiten, werde hier nicht berücksichtigt.

Auf Nachfrage von Mitglied Kulka erklärt der Vorsitzende, dass es früher in den Niederlanden erlaubt war, dass Firmen, die Mitarbeiter, die sie beschäftigen auch unterbringen dürfen. Dieses habe man in den Niederlanden verändert. Die Firmen, die Leiharbeiter beschäftigen, dürfen sie nicht mehr unterbringen.

Der Vorsitzende lässt über die Anträge der CDU-Fraktion ohne Empfehlung an den Rat zu verweisen, abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat verweist diese Vorlage ohne Empfehlung an den Rat.

Stimmen dafür 19 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

3. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
- Budget 100 - "Fachbereich 1 - Zentrale Dienste"
Vorlage: 01 - 16 1753/2019

Die Leiterin des Fachbereiches Zentrale Dienste, Frau Lebbing, bezieht sich auf die Vorstellung des Budgets in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 04.12.2018. Heute müsse noch der Beschluss über die Eingabe des CDU-Ortsverbandes Emmerich am Rhein – Mitte vom 12.06.2018 sh. Vorlage beschlossen werden.

Mitglied Reintjes bedankt sich bei der Verwaltung für die schnelle Umsetzung und stellt den Antrag, so zu beschließen.

Auf Nachfrage von Mitglied Sigmund teilt Erster Beigeordneter Dr. Wachs mit, dass der City-Manager im Rahmen der ISEK-Maßnahme mit einer werkvertraglichen Basis aus dem Förderprogramm heraus finanziert werde. Die Förderung belaufe sich auf drei Jahre und 70 %. Der Kostenanteil der Maßnahme i. H. v. ist im Haushalt unter Fachbereich 5 abgebildet. Ausgeschrieben werde dann, wenn mit der Wirtschaftsförderung GmbH der Modus entsprechend festlegt werde. Dieses geschah noch unter Leitung von Herrn Terörde.

Mitglied Sigmund bittet über die Punkte getrennt abzustimmen.

Der Vorsitzende lässt hierüber abstimmen.

Beschlussvorschlag
Der Rat beschließt die Einrichtung eines öffentlichen WLAN in der Turnhalle des städt. Willibrord-Gymnasiums und stellt die erforderlichen Mittel im Haushalt 2019 ff bereit.

Stimmen dafür 19 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

Nun lässt der Vorsitzende über das Gesamtbudget 100 abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat fasst den Budgetbeschluss und legt den Zuschussbedarf für das Budget 100 „Fachbereich 1 – Zentrale Dienste“ für das Jahr 2019 im Ergebnishaushalt auf 4.245.848 Euro und im Finanzhaushalt auf 3.998.278 Euro –zuzüglich der im Rahmen dieser Vorlage beschlossenen Veränderungen.

Stimmen dafür 16 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 3

4. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
- Budget 200 „Fachbereich 2 – Finanzen“
Vorlage: 02 - 16 1750/2019

Stadtkämmerer Siebers teilt mit, dass sich das Budget 200 seit der Vorstellung im Dezember 2018 nicht wesentlich verändert habe. Lediglich sei ein Betrag i. H. v. 7.000 Euro in die Veränderungsliste eingeflossen aufgrund jetzt zu zahlender höherer Bankentgelte.

Der Vorsitzende lässt über den gestellten Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat fasst den Budgetbeschluss und legt den Zuschussbedarf für das Budget 200 „Fachbereich 2 – Finanzen“ für das Jahr 2019 im Ergebnishaushalt auf 943.751 Euro und im Finanzhaushalt auf 955.813 Euro fest.

Stimmen dafür 15 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 4

5. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
- Budget 300 „Fachbereich 3 – Immobilien„
Vorlage: 03 - 16 1751/2019

Der Leiter des Fachbereiches 3, Herr Glapski, bezieht sich bei seinen ausführlichen Erläuterungen auf die in der Vorlage aufgeführt Sachdarstellung

Auf Nachfrage einiger Mitglieder teilt Herr Glapski mit, dass bezügl. des Anstrichs oder anderer Verfahren zur Renovierung der Fassaden des Haus im Park noch Gespräche mit der Denkmalbehörde und dem Vorsitzenden des Kunstvereins geführt würden. Im Jahre 2019 würden über die Veränderungsliste 6.000 € für die Renovierung der Fenster und 20.000 € würden für das Jahr 2022 für weitere Maßnahmen bereitgestellt werden.
Dem Vorsitzenden des Kulturvereins seien in einem persönlichen Gespräch dieser Sachverhalt und die Inhalte des im Jahre 1990 geschlossenen Mietvertrag erörtert und auch in Kopie ausgehändigt worden

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erläutert ergänzend aus Nachfrage von Mitglied Bartels, dass die Arbeiten, die das Gebäude betreffen, vorgezogen und entsprechend umgesetzt würden.
Die Frage des Anstrichs sei keine Frage der Substanzschädigung, sondern könne und müsse auch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen, da die personelle Kapazität des Fachbereiches dieses nicht zulasse, da noch andere große Maßnahmen umgesetzt werden müssten.

Auf Nachfrage von Mitglied Reintjes teilt der Vorsitzende nochmals mit, dass die Vorgehensweise mit dem Kunstverein abgesprochen sei.

Mitglied Sigmund teilt mit, dass er der Auffassung sei, dass der Anstrich des Gebäudes nicht bis in das Jahr 2020 geschoben werden könne. Seiner Meinung nach müssten diese Kritzeleien an der Fassade beseitigt werden. Er stellt den Antrag, die 20.000 € in diesem Jahr in den Haushalt einzustellen, um die baulichen Mängel schnellstmöglich zu beseitigen.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs verweist nochmals darauf, dass, sollte dieser Beschluss gefasst werden, andere Maßnahmen überbrückt werden müssten, da die personelle Kapazität diese Zusatzarbeit nicht zulasse.
Welche Maßnahmen in die zeitliche Verzögerung käme, müsse erst geprüft werden.

Hinsichtlich des CDU-Antrages zum Erwerb des Bahnhofsgebäudes teilt Herr Glapski mit, dass ein Bau- und ein Verkehrswertgutachten der Verwaltung vorlägen. Entsprechende Mittel für den Erwerb des Bahnhofs seien im Haushalt vorgesehen.

Mitglied Dr. Reintjes unterstützt im Namen seiner Fraktion das vorgestellte Vorgehen der Verwaltung.
Weiterhin schlägt Mitglied Dr. Reintjes vor, fraktionsübergreifend eine Resolution zur Barrierefreiheit des Bahnhofs zu erarbeiten. Er erläutert kurz dieses Ansinnen.

Auf Nachfrage von Mitglied Sigmund erläutert Erster Beigeordneter Dr. Wachs den Sachverhalt das Bahnhofsgebäude zu erwerben. Aus städtebaulicher Sicht sei es zwingend notwendig für die zukunftsgerichtete Stadtentwicklung, dieses Gebäude zu kaufen. Das weitere Vorgehen sei noch mit Fragen behaftet und werde zu gegebener Zeit den zuständigen Ausschüssen mit entsprechenden Beschlussvorschlägen vorgelegt.

Der Vorsitzende schlägt vor, das Gespräch mit dem NRW-Beauftragten der Bahn abzuwarten, in dem auch umliegende Grundstücksflächen angesprochen würden, abzuwarten.

Mitglied Sigmund regt an, dieses Gespräch abzuwarten und erst dann, wenn alle entsprechenden Informationen vorliegen, über den CDU-Antrag zu entscheiden.

Der Vorsitzende verdeutlicht die Stellungnahme der Verwaltung, dass lediglich die Haushaltsmittel zur Verfügung stünden; der Kauf würde heute nicht beschlossen. Dieses würde nach Prüfung aller offenen Fragen der Politik vorgelegt werden.

Nun lässt der Vorsitzende über die gestellten Anträge abstimmen.

Beschlussvorschlag
Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, für das Haus im Park die geplanten Haushaltsmittel i. H. v. 20.000 Euro für das Haushaltsjahr 2022 in den Haushalt 2019 einzustellen.

Stimmen dafür 8 Stimmen dagegen 10 Enthaltungen 1

Nun lässt der Vorsitzende über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat fasst den Budgetbeschluss und legt den Zuschussbedarf für das Budget 300 „Fachbereich 3 – Immobilien“ für das Jahr 2019 im Ergebnishaushalt auf 6.723.817,80 Euro und im Finanzhaushalt auf 13.173.391,16 Euro fest.

Stimmen dafür 16 Stimmen dagegen 3 Enthaltungen 0

6. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
- Budget 600 - "Fachbereich 6 - Bürgerservice und Ordnung"
Vorlage: 06 - 16 1765/2019

Frau Schlitt teilt ergänzend zu ihrer Vorstellung des Budgets im Haupt- und Finanzausschuss vom 04.12.2018 mit, dass aufgrund veränderter gesetzlichen Gegebenheiten der Brandschutzbedarfsplan umfassend überarbeitet werden müsse, anstelle der geplanten Fortschreibung.

Über den gestellten Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, lässt der Vorsitzende abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat fasst den Budgetbeschluss und legt den Zuschussbedarf für das Budget 600 „Fachbereich 6 – Bürgerservice und Ordnung für das Jahr 2019 im Ergebnishaushalt auf
831.705 Euro, im Finanzhaushalt der laufenden Verwaltungstätigkeit auf 730.937 Euro und im Finanzhaushalt der Investitionstätigkeit auf 695.100 Euro fest.

Stimmen dafür 16 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 3

7. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
- Budget 13 "Öffentlichkeitsarbeit"
Vorlage: 13 - 16 1762/2019

Der Vorsitzende lässt über den gestellten Antrag, nach Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat fasst den Budgetbeschluss und legt den Zuschussbedarf für das Budget 13
„Öffentlichkeitsarbeit“ für das Jahr 2019 im Ergebnishaushalt auf 152.171 Euro, im Finanzhaushalt der laufenden Verwaltungstätigkeit auf 136.787 Euro fest.

Stimmen dafür 15 Stimmen dagegen 2 Enthaltungen 2

8. Haushaltssatzung 2019;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
- Budgets 014 – "Örtliche Rechnungsprüfung"
Vorlage: 14 - 16 1755/2019

Der Vorsitzende stellt den von der Verwaltung vorgelegten Beschluss zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag

Der Rat beschließt das Budget 014 Örtliche Rechnungsprüfung und legt den Zuschussbedarf für das Jahr 2019 im Ergebnishaushalt auf 254.871 Euro und im Finanzhaushalt auf 254.871 Euro fest.

Stimmen dafür 15 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 4

9. Haushaltssatzung 2019;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
- Budgets 015 – "Gleichstellung"
Vorlage: 15 - 16 1763/2019

Der Vorsitzende stellt den vorliegenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag

Der Rat fasst den Budgetbeschluss und legt den Zuschussbedarf für das Budget 15
„Gleichstellung“ für das Jahr 2019 im Ergebnishaushalt auf 40.108 Euro, im Finanzhaushalt der laufenden Verwaltungstätigkeit auf 39.907 Euro fest.

Stimmen dafür 16 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 3

10. Haushaltssatzung 2019;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
- Budget 17 "Demographie"
Vorlage: 17 - 16 1764/2019

Der Vorsitzende lässt über den gestellten Antrag, nach Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat fasst den Budgetbeschluss und legt den Zuschussbedarf für das Budget 17 „Demographie“ für das Jahr 2019 im Ergebnishaushalt auf 85.440,16 Euro und im Finanzhaushalt der laufenden Verwaltungstätigkeit auf 84.762 Euro fest.

Stimmen dafür 17 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 2

11. Haushaltssatzung 2019
hier: Beschlussfassung
Vorlage: 02 - 16 1776/2019

Stadtkämmerer Siebers erläutert die Vorlage und di Veränderungsliste.

Mitglied Sigmund stellt den Antrag, über die Punkte 1 – 3 des Beschlussvorschlages getrennt abzustimmen.

Nachdem keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt mehr vorliegen lässt der Vorsitzende über die Punkte 8.2.1 bis 8.2.4 abstimmen.

8.2.1. Antrag Nr. XVI/2018 der SPD-Ratsfraktion vom 07.05.2018 auf Erhöhu des Zuschusses an den Eigenbetrieb KKK um 25.000 €

Beschlussvorschlag
Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Erhöhung des Betriebskostenzuschusses wurde bereits im Haushaltsplanentwurf 2019 (‚Seiten 103/104) mit dem höheren Grundzuschuss von jetzt 675.000 € (bisher 650.000 e) umgesetzt.

Stimmen Dafür 16 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 3

8.2.2 Antrag Nr. L/2018 der Ratsfraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.12.2018 auf Verpflichtung von Logistikunternehmen für LKW-Fahrer Container mit Toilettenanlagen und Waschmöglichkeiten sowie Müllentsorgungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen und dies bei künftigen Ansiedlungen zur Bedingung zu machen.

Beschlussvorschlag
Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt nachfolgende Stellungnahme zur Kenntnis:
Die beantragte Bedingung ließe sich nur zivilrechtlich in einem Kaufvertrag aufnehmen.
In nächster Zeit sind Grundstücksverkäufe der Stadt an Logistikunternehmen nicht erkennbar.

Stimmen Dafür 15 Stimmen dagegen 1Enthaltungen 3

8.2.3 Antrag Nr. II/2019 der SPD-Ratsfraktion vom 02.01.2019 auf Bereitstellung von 2.500 € zur Förderung der theaterpädagogischen Angebote der inklusiven Theatergruppe „Fanta 20“ der „Grenztheaterkinder“ und der jungen Erwachsenengruppe im TIK

Beschlussvorschlag
Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Bereitstellung von 2.5000 € an den Eigenbetrieb KKK zur Förderung theaterpädagogischer Angebote der inklusiven Theatergruppe „Fanta 10“, der „Grenztheaterkinder“ und der jungen Erwachsenengruppe im TiK.

Stimmen Dafür 16 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 3

8.2.4 Antrag Nr. VIII/2019 der SPD-Ratsfraktion vom 15.01.2019 auf Bereit stellung von 20.000 € für Baum-Ersatzpflanzungen im Stadtgebiet.

Beschlussvorschlag
Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 15.000 € für Ersatzpflanzungen bereitzustellen.

Stimmen Dafür 19 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

Mitglied Reintjes verweist auf den CDU-Antrag vom 06.02.2019 auf Einrichtung von zwei zusätzlichen Stellen im Fachbereich 5 und bittet hierüber abzustimmen.

Mitglied Sigmund erklärt, dass von Seiten der BGE-Fraktion diesbezüglich noch offene Fragen bestünden. Er bittet diesen Punkt ohne Empfehlung an den Rat zu verweisen um nachfolgende Fragen zu beantworten:

1. Was begründet aus Sicht der Verwaltung den Mehrbedarf im Fachbereich 5 und ist der Mehrbedarf auf Dauer gegeben?
2. Wir halten neben der Darstellung eines Projektbezuges beider Stellen vorerst eine Befristung auf fünf Jahre und damit die Ausweisung von zwei KW-Vermerken da Überprüfung im Jahre 2023 für angebracht.

Die Ausschussmitglieder sind mit der Vorgehensweise einverstanden. Dass dieser Antrag im Zusammenhang mit dem Stellenplan beraten werde und ohne Empfehlung an den Rat verwiesen werde.

Der Vorsitzende lässt hierüber abstimmen.

Beschlussvorschlag
Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, den Stellenplan ohne Empfehlung an den Rat zu verweisen.

Stimmen Dafür 19 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

Nunmehr lässt der Vorsitzende über die Punkte 1 – 3 des Beschlussvorschlages abstimmen.

Beschlussvorschlag

1. Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, die Empfehlungen der Fachausschüsse sowie seiner zuvor getroffenen Beschlüsse und getroffenen Empfehlungen zu den sonstigen Fachbereichsbudgets 100, 200, 300, 600, 013, 014, 015 und 017 dem Rat zur Annahme zu empfehlen.

   Stimmen Dafür 15 Stimmen dagegen 1 Enthaltungen 3

2. Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, darüber hinaus die in der 1. Veränderungsliste vom 31.01.2019 aufgeführten Veränderungen der Ansätze in der Ergebnis- und in der Finanzplanung dem Rat zur Annahme zu empfehlen.

   Stimmen Dafür 15 Stimmen dagegen 3 Enthaltungen 1

Beschlussvorschlag

3. Der Rat beschließt zuzüglich der zuvor getroffenen Beschlüsse und beschlossenen Empfehlungen

   die nachfolgende Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein für das Haushaltsjahr 2019 mit Haushaltsplan und Anlagen:

Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein für das Haushaltsjahr 2019

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Art. 15 des Gesetzes vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90), hat der Rat der Stadt Emmerich am Rhein mit Beschluss vom _____ folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	75.673.425 EUR
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	77.120.999 EUR

im Finanzplan mit dem

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	71.316.266 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	71.485.940 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	9.225.290 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	24.535.776 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	10.499.000 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	1.950.552 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf 10.499.000 EUR festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitions-auszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 16.764.000 EUR festgesetzt.

§ 4

Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf 1.447.574 EUR festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 15.000.000 EUR festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern sind durch die Hebesatzsatzung vom 17.12.2014 in der Fassung der 1. Nachtragssatzung vom 19.12.2018 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	250 v.H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	443 v.H.
2.	Gewerbesteuer auf	425 v.H.

§ 7

entfällt

§ 8

Der Kämmerer entscheidet über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen ab 50.000 EUR im Einzelfall bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates der Stadt nach § 83 Abs. 2 GO NRW. Kalkulatorische Kosten, Rückstellungen, Innere Verrechnungen, bilanzielle Abschreibungen sowie außer- und überplanmäßige Tilgungen nebst Vorfälligkeitsentschädigungen und Kreditumschuldungen bleiben hiervon unberührt und gelten unabhängig von ihrer Höhe als genehmigt.

Die Grenze erheblicher Abweichungen i.S. v. § 81 Abs. 2 Ziffer 1 und 2 GO NRW wird auf 2.000.000 EUR festgesetzt.

Die Geringfügigkeit von Investitionen i.S. v. § 81 Abs. 2 Ziffer 3 GO NRW wird auf 2.000.000 EUR festgesetzt.

Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen ab 50.000 EUR gelten gem. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. § 83 Abs. 2 GO NRW als erheblich und bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates.

Die Grenze der wesentlichen Investitionen gem. § 14 Abs. 1 GemHVO NRW wird auf 30.000 EUR festgesetzt.

§ 9

Die im Stellenplan enthaltenen Vermerke "künftig umzuwandeln" (ku) und "künftig wegfallend" (kw) werden bei Ausscheiden der bisherigen Stelleninhaber/innen aus diesen
Stellen wirksam.

Stimmen dafür 14 Stimmen dagegen 4 Enthaltungen 1

**12. Wasserversorgungskonzept gem. § 38 Abs. 3 LWG;
hier: Vorstellung und Beschluss des Konzeptes
Vorlage: 02 - 16 1605/2018/1**

Mitglied Jansen stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Vorsitzende lässt hierüber abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt das Wasserversorgungskonzept in der vorliegenden überarbeiteten Form.

Stimmen dafür 19 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

**13. Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen am Sonntag, den 7. April 2019 im Zusammenhang mit der 20. Emmericher Autoshow und dem 2. Drehleiter-Festival, am Sonntag, den 28. Juli 2019 aus im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Emmerich im Lichterglanz“ und am Sonntag, den 8. September 2019 im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Stadtfest Emmerich“ im Gebiet der Stadt Emmerich am Rhein
Vorlage: 06 - 16 1749/2019**

Über den gestellten Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, lässt der Vorsitzende abstimmen.

Mitglied Kulka nimmt an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt den Erlass der beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen

- am Sonntag, den 07. April 2019 im Zusammenhang mit den Veranstaltungen 20. Emmericher Autoshow und 2. Drehleiter-Festival,
- am Sonntag, den 28. Juli 2019 im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Emmerich im Lichterglanz“ und
- am Sonntag, den 08. September 2019 im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Stadtfest Emmerich“im Gebiet der Stadt Emmerich am Rhein.

Stimmen dafür 17 Stimmen dagegen 1 Enthaltungen 0

**15. Beschleunigung Gesamtabschlüsse 2011 - 2017
Vorlage: 14 - 16 1778/2019**

Über den Antrag von Mitglied Jansen, gemäß Vorlage zu beschließen, lässt der Vorsitzende abstimmen.

Mitglied Kulka nimmt an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Beschlussvorschlag

1. Der Rat beschließt die gemäß § 1 des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung kommunaler Gesamtabschlüsse eingeräumte und nunmehr ausgeweitete Verfahrenserleichterung wahrzunehmen und die Gesamtabschlüsse für die Jahre 2011 bis 2017 im beschleunigten Verfahren aufzustellen.
2. Der Rat hebt den Beschluss vom 06.11.2018 hinsichtlich Verweisung an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung des Gesamtabschlusses 2015 gem. § 116 Abs. 6 GO NRW auf.

Stimmen dafür 18 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

16. Sondervermögen strategische Innenstadtentwicklung Vorlage: 02 - 16 1768/2019

Mitglied Siebers macht für ihre Fraktion klar, dass sie gegen eine Bildung des Sondervermögens stimmen, da sie der Bildung des Beirates, der dann Einfluss auf die strategische Innenstadtentwicklung habe und für die Entwicklung der Innenstadt verantwortlich sei, ablehnten. Sie befürchten, dass die Erwartungen der Eigentümer der entsprechenden Immobilien zu hochgesteckt seien und dann an Investoren preiswert weitergegeben werden.

Auch Mitglied Bartels kann der Besetzung des Beirates nicht zustimmen, da drei Fraktionen ausgegliedert würden und nicht die Besetzung des Rates am Ratstisch widerspiegele. Seine Fraktion halte den grundsätzlichen Gedanken Innenstadtentwicklung für richtig, aber nicht in dieser Art und Weise.
Weiter bemängelt er, dass die kleineren Fraktionen über den zwischenzeitlich stattgefundenen Workshop, keine Informationen erhalten haben. Er erwartete umgehend Informationen, so dass auch die kleineren Fraktionen entsprechend beraten können.

Der Vorsitzende lässt über den zu Beginn der Sitzung gestellten Antrag, diese Vorlage ohne Empfehlung an den Rat zu verweisen, abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Haupt- und Finanzausschuss verweist diese Vorlage ohne Empfehlung an den Rat.

Stimmen dafür 19 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

17. Mitteilungen und Anfragen

17.1. Änderung der Gemeindeordnung; hier: Mitteilung von Stadtkämmerer Siebers

Stadtkämmerer Siebert teilt mit, dass die Änderung der Gemeindeordnung dazu führe, dass in diesem Jahr kein Finanzbericht zum 31.03.2019 vorgelegt werde.

17.2. Gespräch mit Investor;
hier: Anfrage von Mitglied Sigmund

Auf Nachfrage von Mitglied Schoofs teilt der Vorsitzende mit, dass am 20.02.2019 ein Gespräch mit dem Investor stattfinden werde.

17.3. Sachstandsbericht Kaserne;
hier: Anfrage von Mitglied Sigmund

Auf Nachfrage von Mitglied Sigmund teilt Erster Beigeordneter Dr. Wachs mit, dass der Baubeginn Aldi auf dem Kasernengelände abhängig sei von der Fertigstellung der Pflegeeinrichtung.

18. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:52 Uhr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

46446 Emmerich am Rhein, den 12. März 2019

Peter Hinze
Vorsitzender

Marita Evers
Schriftführer/in